

<p style="text-align: center;">ASP-Landesdelegiertenversammlung in Veitshöchheim</p>	<p style="text-align: center;">09. Juli 2016</p>
<p style="text-align: center;">Leitantrag „Orientierung in Zeiten der Unsicherheit“</p>	<p>Beschluss: <input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: ASP-Landesvorstand</p>	

1 **Einleitung**

2 Wir leben in einer Zeit bislang ungeahnter Herausforderungen und Bedrohungen in unserer
3 direkten und weiteren Nachbarschaft. Die Bedrohungen reichen von den schwer zu kontrol-
4 lierenden Migrationsströmen und zerfallenden Bürgerkriegsstaaten über eine Zunahmen des
5 Terrorismus in Europa bis hin zu Staaten mit einer aggressiven Außenpolitik und verstärkter
6 hybrider Kriegsführung.

7 Die bisherigen Antworten auf diese veränderte außen- und sicherheitspolitische Lage waren
8 bislang unzureichend. So hat eine zu lang abwartende Politik der westlichen Staatengemein-
9 schaft dazu beigetragen, dass in Syrien nach wie vor ein brutaler Bürgerkrieg herrscht und
10 eine humanitäre Katastrophe in ungeahntem Ausmaß entstanden ist. Es ist jetzt die Zeit in
11 Europa und in der NATO, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen, um die Konflik-
12 te in unsere Nachbarschaft zu beenden und Staaten zu stabilisieren.

13 **Europa**

14 Das jüngste Referendum in Großbritannien sowie eine populistische und zunehmend extre-
15 mistische Anti-EU Bewegungen in vielen EU-Mitgliedsländern macht deutlich, dass die Euro-
16 päische Union an einem Scheideweg steht. In der Diskussion um die Zukunft der Europäi-
17 schen Union dürfen jetzt aber keine Schnellschüsse produziert werden. Den zu erwartenden
18 Austritt Großbritanniens für übereilte, sozialdemokratisch getriebene Schritte zur Aufwertung
19 der EU-Kommission mittels Vertragsänderung zu nutzen, ist der falsche Weg. Vielmehr be-
20 nötigen wir eine Phase des Nachdenkens. Wir müssen klären, wie wir Europa so auf- und
21 umbauen können, dass die Fragen, die besser auf nationaler oder regionaler Ebene gelöst
22 werden, tatsächlich auch dort entschieden werden.

23 Ein Verbleib des Vereinigten Königreichs innerhalb der Europäischen Union wäre der wün-
24 schenswerte Zustand, der aber nach dem Referendum nur aufrechterhalten werden kann,
25 wenn das Vereinigte Königreich selbst dies so entscheidet. Im Falle eines Austritts muss sich
26 Großbritannien, wenn es an einem Marktzugang interessiert ist, genauso wie auch andere
27 Nicht-EU-Länder den Zugang zum Binnenmarkt mit den daran geknüpften Bedingungen an-

28 nehmen. Eine selektive Auswahl einzelner Vorzüge aus dem europäischen Binnenmarkt darf
29 es nicht geben.

30 Ein Austritt wird auch Einfluss auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
31 der EU haben. Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich intensiv mit der Frage nach dem ange-
32 messenen außenpolitischen Gestaltungsanspruch Europas in der Welt und dabei insbeson-
33 dere dem Verhältnis zu den USA befassen.

34 Die GASP muss sich zudem auf konventioneller Ebene so formieren, dass sie nachhaltig
35 ihre Interessen vertreten und auch glaubhaft abschrecken kann. Der ASP unterstützt den
36 Weg einer immer enger werdenden militärischen Zusammenarbeit, die im Endstadium in
37 einer europäischen Armee münden kann. Zudem ist notwendig, zeitnah und zielgerichtet
38 eine gemeinsame Rüstungspolitik für eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität
39 auszubauen.

40 **NATO**

41 Das transatlantische Bündnis ist der Garant für unsere Sicherheit mit einem vielfältigen Auf-
42 gabenspektrum. Eine der wichtigsten Aufgaben für die NATO liegt zum einen in der Verbes-
43 serung ihrer militärischen Fähigkeiten. Zum anderen erfordert die Stärkung der Abwehrfähig-
44 keit an der Ostflanke eine erhöhte Einsatzbereitschaft von Personal und Gerät. Des Weiteren
45 belastet die Instabilität in Nordafrika und Nahost sowie die daraus folgenden Migrationsströ-
46 me insbesondere die NATO-Partner im Mittelmeerraum. Mit der anhaltenden Instabilität der
47 nordafrikanischen Staaten wächst auch die Gefahr des islamistischen Terrors in Europa.
48 Mehr denn je müssen wir deshalb an der Pflege und der Stärkung der transatlantischen
49 Partnerschaft arbeiten und deren Bedeutung für die gesamteuropäische Sicherheit nachhal-
50 tig kommunizieren

51 Die Stärke der NATO beruht nach wie vor darauf, dass sie ein politisches und militärisches
52 Bündnis ist. Gerade für die europäischen NATO-Partner gibt es gute Gründe, die politische
53 und militärische Handlungsfähigkeit des Bündnisses zu erhalten. Im politischen Bereich gilt
54 es für die Europäer, ein eigenes Profil zu entwickeln und sich vor Entscheidungen besser
55 untereinander abzustimmen. Im militärischen Bereich gehört dazu, ausreichend und ange-
56 messene Fähigkeiten bereitzustellen, um Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Das bedeu-
57 tet, die Europäer sollten in der Lage sein auch Einsätze ohne bzw. mit nur geringer Unter-
58 stützung durch die USA durchführen zu können. Unabhängig davon bleibt die Basis deut-
59 scher Sicherheitspolitik immer noch die Zusammenarbeit mit den USA in der NATO und die
60 daraus resultierende nukleare Teilhabe.

61 An der Kernaufgabe der NATO aus Art. 5 NATO-Vertrag, dem Schutz der Bündnispartner,
62 darf kein Zweifel aufkommen. Auch die Bündnispartner in Mittel- und Osteuropa müssen sich
63 auf den uneingeschränkten Schutz der NATO verlassen können. Es ist daher notwendig,
64 dass der NATO-Gipfel in Warschau am 08. / 09. Juli 2016 nicht nur die in Wales 2014 be-
65 schlossene Rückversicherung bekräftigt, sondern auch die Weiterentwicklung hin zu einer
66 effektiven Abschreckung beschließt. Dazu braucht es verstärkte militärische Präsenz der
67 NATO in ihren östlichsten Mitgliedstaaten.

68 Der ASP befürwortet eine Verstärkung und Ausweitung der NATO-Aktivität in der Ägäis zur
69 Unterstützung der europäischen Grenzsicherung durch Präsenz und Informationsaustausch.
70 Diese Maßnahme, an der Deutschland bereits intensiv beteiligt ist, gilt zudem als politisch

71 wertvolle Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei sowie als gutes Beispiel für die
72 Vertiefung der Kooperation zwischen NATO und EU.

73 **Weißbuch und Bundeswehr**

74 Der ASP forderte auf der Landesdelegiertenversammlung 2014 in Nürnberg als erste politi-
75 sche Organisation in Deutschland die Überarbeitung und Neuauflage des sicherheitspoliti-
76 schen Weißbuchs aus dem Jahr 2006. Nach zwei Jahren mit ressortübergreifenden Exper-
77 tenrunden und intensiven Diskussionen auf allen gesellschaftlichen Ebenen neigt sich der
78 Weißbuchprozess im Juli 2016 dem Ende zu. Für den ASP sind dabei folgende Punkte zent-
79 ral:

80 Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist eine über Jahrzehnte offene Fragestellung in
81 Deutschland. Angesichts der geo- und sicherheitspolitischen Veränderungen muss die Dis-
82 kussion jetzt aber zu einem Abschluss geführt werden. Aus Sicht des ASP sollte ein Einsatz
83 der Bundeswehr zur Unterstützung der zivilen und polizeilichen Kräfte in Fällen möglich wer-
84 den, der über die Unterstützung im Katastrophenfall hinausgeht und unterhalb der Schwelle
85 für einen Einsatz im Rahmen des Staatsnotstandes liegt. Entsprechende Grundgesetzände-
86 rungen und notwendige Änderungen der Rechtsgrundlagen zur rechtlichen Absicherung des
87 Einsatzes sollten im Bundestag angestoßen werden.

88 Die Verbesserungen in der finanziellen Ausstattung unserer Bundeswehr in den letzten Jah-
89 ren sind ein guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen. Vor dem Hinter-
90 grund der anspruchsvollen Aufgabe von Landesverteidigung und der anhaltenden hohen
91 Belastungen unserer Bundeswehrsoldaten im Rahmen unserer Bündnisverpflichtungen,
92 muss sich die finanzielle Ausstattung noch weiter verbessern. Mittelfristig muss das mit der
93 NATO vereinbarte Haushaltsziel von 2% des Bruttoinlandsprodukts erreicht und von diesen
94 Mitteln sollen 20% als Investitionsanteil verwendet werden.

95 **Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik**

96 Die Diskussionen zum sicherheitspolitischen Weißbuch machen deutlich, dass auf Grundla-
97 ge des erweiterten Sicherheitsbegriffs die vernetzte Zusammenarbeit zwischen Sicherheits-
98 und Entwicklungspolitik als Handlungsmaxime deutscher Außenpolitik sich weiter verfestigt
99 hat.

100 Militärische Maßnahmen allein haben bislang nicht ausgereicht und werden auch künftig
101 nicht ausreichen, um Krisen und Konfliktherde langfristig zu befrieden. Auslandseinsätze mit
102 deutscher Beteiligung werden sich noch stärker zu zivilen Einsätzen der Entwicklungspolitik
103 mit Absicherung durch militärische Sicherheitsmaßnahmen verändern.

104 **Russland**

105 Mit großer Sorge betrachten wir die innen- und außenpolitische Entwicklung in der Russi-
106 schen Föderation. Die Annexion der Krim ist ein Bruch des Völkerrechts. Die bestehenden
107 Sanktionen der Europäischen Union gegenüber Russland sind gerechtfertigt und müssen bis
108 zur vollständigen Umsetzung des „Minsk 2“ Abkommens aufrechterhalten bleiben.

109 Russland ist unser Nachbar und ein wichtiger Partner für Deutschland und Bayern. Im Ver-
110 hältnis mit Russland setzen wir weiter auch auf Dialog.

111 Diese westliche Dialogbereitschaft darf nicht als Zeichen von Schwäche missverstanden
112 werden. Vielmehr muss unsere Entschlossenheit erkennbar bleiben, unsere Überzeugungen
113 und Partner zu verteidigen. Dazu gehören auch militärische Übungen in Osteuropa, die nicht

114 nur die militärische Leistungsfähigkeit der Atlantischen Allianz überprüfen, sondern gleichzei-
115 tig zur politischen Glaubwürdigkeit beitragen.

116 Alle Maßnahmen müssen mit Augenmaß betrieben werden, damit sie nicht als Bedrohung
117 verstanden werden und wiederum als Vorwand für Gegenmaßnahmen missbraucht werden.
118 Es ist wichtig die NATO-Russland-Akte zu beachten und gleichzeitig den NATO-Russland-
119 Rat neu zu beleben.

120 **Naher und Mittlerer Osten**

121 Langfristige, haltbare Lösungen für die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten lassen sich
122 nur erreichen, wenn die Probleme mit den Akteuren vor Ort bei der Wurzel angepackt wer-
123 den. Dazu müssen zuallererst die Sicherheits- und Wirtschaftsprobleme der Region umfas-
124 send angegangen werden. Dafür gibt es keine Patentlösungen. Jeder Konflikt ist individuell
125 zu betrachten.

- 126 • Wir müssen uns darauf konzentrieren, wie wir Länder und ihre Gesellschaften, die
127 von radikalen Terrorgruppen bedroht sind, mit zivilgesellschaftlichen Maßnahmen
128 stärken können. So kann bspw. die EU Staaten wie Jordanien und dem Libanon hel-
129 fen, die durch den Terror des sog. Islamischen Staates bedroht werden, widerstand-
130 fähiger zu werden.
- 131 • Syrien ist aktuell der gefährlichste Krisenherd im Nahen Osten und Hauptursache für
132 die Flüchtlingskrise. Zur Stabilisierung der Lage in Syrien und zum Schutz der syri-
133 schen Bevölkerung müssen der beschlossene Waffenstillstand umgesetzt und die
134 Friedensgespräche fortgesetzt werden.
- 135 • Zur Stabilisierung der nordafrikanischen Küste bedarf es neben dem Engagement
136 von EU und NATO auch gezielter Unterstützung von Staaten wie Ägypten und Ma-
137 rokkko. Gerade Ägypten kann als ein zentraler Partner nachdrücklich auf die Nachbarn
138 in Nordafrika einwirken, um die Flüchtlingsbewegungen über das Mittelmeer zu stop-
139 pen. Die Bundesregierung sollte Ägypten dabei auf ökonomischer und entwicklungs-
140 politischer Ebene gezielt unterstützen.
- 141 • Der ASP sieht die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der Türkei und Russ-
142 land sowie zwischen Israel und der Türkei als einen ersten wichtigen Schritt zur Sta-
143 bilisierung der Konfliktregion Naher Osten.

144

145 **Migration und sichere Herkunftsstaaten**

146 Deutschland und Europa sehen sich der größten Zahl von Flüchtlingen und Migranten seit
147 Ende des Zweiten Weltkriegs gegenüber. In Deutschland haben die Bürger, der Bund sowie
148 Länder und Kommunen im Jahr 2015 Einzigartiges geleistet, um die über eine Million Flücht-
149 linge in unserem Land aufzunehmen. Diejenigen die bei uns Schutz gefunden haben, haben
150 aber auch die Verantwortung, nach dem Wegfall der Fluchtursache in ihre Heimatländer zu-
151 rückzukehren und sich am Wiederaufbau zu beteiligen.

152 Flüchtlinge und Migranten, die in Deutschland Aufnahme gefunden haben, müssen sich wie
153 alle Bürger hierzulande an Recht und Gesetz halten. Integration erschöpft sich nicht darin,
154 Deutsch zu lernen und selbstständig für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Ein Bekenntnis
155 zu unserer Werteordnung gehört ebenfalls dazu.

156 Die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre wird die Regelung und Begrenzung des
157 Zuzugs nach Deutschland und Europa werden. Zum Erhalt des Binnenmarktes und des

158 Schengen-Raumes muss der Schutz der EU-Außengrenzen effektiv gewährleistet werden.
159 Bis der Schutz der EU-Außengrenzen gewährleistet ist, müssen die Kontrollen an den Bin-
160 nengrenzen des Schengen-Raums fortgeführt werden.

161 Nicht jeder, der hier ankommt, darf bleiben. Es muss unterschieden werden zwischen jenen,
162 die unseren Schutz brauchen und jenen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kom-
163 men. Schutz findet bei uns, wer verfolgt ist, aber nicht, wer auf der Suche nach einer besse-
164 ren ökonomischen Lebenssituation ist. Nur mit dieser Differenzierung können effektive Hilfe
165 und Integration gelingen.

166 Der ASP unterstützt daher auch die Forderung des Deutschen Bundestages, Tunesien, Al-
167 gerien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, und fordert den Bundesrat
168 ebenfalls zur Zustimmung auf.

169

170

171 **Votum der Antragskommission:**

172